

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 12. Februar 2026, 17:15 Uhr

Stadtrat

Vorsitz: Alice Kropf

SVP:

Peter Aegerter, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz,
Sonja Graf, Christoph Lauener, Alex Reymondin

Grüne:

Anja Dolder-Gerhardy, Thomas Hiltbold, Iris Lauper, Michelle Marbach, Noëmi
Porfido, Malenka Schmutz, Caroline Erni

SP:

Martin Allemann, Adrian Christen, Manon Jaccard, Alice Kropf, Marianna
Oesch Bartlome, Franz Schori, Nina Siegenthaler

Die Mitte:

Müller Lara, Alois Studerus, Angelika Zimmermann

FDP:

Reto Beutler, Claude Schlapbach, Markus van Wijk

glp:

Nicolas Glauser, Michael McGarty, Vanessa Meier

Parteilos:

Sandro Badertscher (bis und mit Traktandum 8, 19.30 Uhr), Marc Fritschi,

EDU:

Franziska Eggenberg, Mirjam Waber

EVP:

Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs

Anwesend
zu Beginn

38

Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) (bis und mit Traktandum 5, 18.25 Uhr) Vizepräsidentin Katharina Ali-Oesch (SP) Reto Schertenleib (SVP) Eveline Salzmänn (SVP) Andrea de Meuron (Grüne) Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Christoph Stalder
Protokollantin	Judith Lüdi
entschuldigt	Stadträte Leonardo Schlatter (SVP) und Matthias Zellweger (Parteilos)
Schluss der Sitzung	20:15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst zur zweiten Sitzung dieses Jahres. Besonders begrüsst sie das neue Ratsmitglied Caroline Erni als Nachfolgerin von Cloe Weber. Sie wünscht ihr viel Freude und Erfolg in diesem Amt. Sie weist darauf hin, dass die Postulate P 20/2025 und P 22/2025 in Absprache mit der jeweiligen Urheberschaft auf die Märzsession verschoben wurden, da der Stadtpräsident Raphael Lanz die heutige Sitzung früher verlassen muss. Weiter verweist sie auf das anschliessende Apéro, zu dem Stadtrat Thomas Hiltpold eingeladen hat. Die Sitzung wird darum spätestens um 20.15 geschlossen. Es wurde gewünscht, Traktandum Nr. 5 und Nr. 10 abzutauschen, damit der Stadtpräsident das Traktandum *«Postulat P 23/2025 betreffend Zukunft Aarefeldplatz: Öffentlichen Raum an zentraler Lage sichern und aufwerten»* vertreten kann. Eine Verschiebung auf die nächste Sitzung geht nicht, da die Urheberin des Vorstosses, Stadträtin Michelle Marbach, an der Märzsession abwesend sein wird.

Der Rat bestreitet dies Verschiebung nicht und genehmigt die Traktandenliste mit dieser Anpassung stillschweigend.

14. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. Januar 2026

Der Rat genehmigt das Protokoll vom 16. Januar 2026 stillschweigend.

15. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl für Cloe Weber (Grüne)

Die **Fraktion Grüne** schlägt Caroline Erni vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden:

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO Si + So wird als Mitglied anstelle von Cloe Weber (Grüne) per sofort gewählt: Caroline Erni (Grüne).

16. Stadt Thun – «Kulturhauptstadt Schweiz 2030»

Kandidatur der Stadt Thun um den Titel «Kulturhauptstadt Schweiz 2030». Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,95 Millionen Franken als neue Ausgabe zulasten der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2031 (davon CHF 1,2 Millionen zulasten Produkt Kulturförderung und CHF 0,75 Millionen zulasten der Spezialfinanzierung «für kulturelle Zwecke»)

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch äussert, dass ihr in letzter Zeit am häufigsten die Frage gestellt wurde, warum Thun Kulturhauptstadt Schweiz werden soll. Sie findet klar, dass das Format eine bestehende Idee und eine einzigartige Chance für die Stadt ist. Es gibt viele dafürsprechende Gründe. Einer davon ist, dass die kulturelle und künstlerische Vielfalt in den Fokus gerückt, aufgewertet und nachhaltig gestärkt werde. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefördert. Die lokale Vernetzung und Verankerung in der Region sind ein zentrales Anliegen des Projekts. Der Dialog und Austausch werden gefördert, denn der Einbezug und das Mitwirken der Bevölkerung sind ebenfalls ein ganz grosses Anliegen von diesem Projekt. Weiter äussert sie, dass das lokale Gewerbe, der Tourismus und die Wirtschaft gestärkt und miteinbezogen werden. Dank neuen Kooperationen, neuen Möglichkeiten und neuen Formaten kann der Zusammenhalt von Kulturinstitutionen und Kunstschaffenden wachsen. Sie betont, dass die Stadt

erprobter und erfolgreicher Austragungsort von grossen Anlässen ist. Sie nennt die Women's Euro als aktuellstes Beispiel. Sie findet es wichtig und richtig, wenn hier eine kontroverse Debatte geführt wird und weiss, dass kritische Fragen berechtigt sind. Gerade die Frage, warum so viel Geld ausgegeben wird, ohne genau zu wissen, was die Gegenleistung dafür ist. Oder ob das Geld in der Thuner Kultur ankommt oder lediglich für die Planung, Logistik oder einen grossen auswärtigen Act verschwindet. Es kam die Frage auf, ob ein bedeutendes neues Projekt entsteht oder ob es eher mehr vom kleinen Bestehenden geben wird. Ist es ein Projekt für die breite Bevölkerung, können alle daran teilhaben und ist es barrierefrei. Und vermögen die Leute den Eintritt zu diesen Anlässen zu bezahlen. Auch fragen sich einige, warum nicht mehr Details aus dem vorliegenden Bewerbungsdossier bekannt sind. Sie betont, nicht alle diese Fragen abschliessend und zufriedenstellend beantworten zu können. Ihre Überzeugung ist aber klar, nämlich dass diese einmalige Chance gepackt und etwas gewagt werden muss. Das Motto vom inhaltlichen Konzept 'Stadt, Land, Fluss' ist einfach und genial. Es ist leicht verständlich und passt perfekt zur Stadt Thun und zur Region. Das gleichnamige Spiel ist allen bekannt. Es bietet im wahrsten Sinne des Wortes riesengrossen Spielraum. Sei es für alle Generationen, kulturelle Institutionen, Vereine, Schulen, Basiskultur und professionelle Kultur, Tradition, Moderne und viele mehr. Es ist eine Einladung an alle Thunerinnen und Thuner, ihre Stadt neu zu entdecken und sich für ein einzigartiges Erlebnis zu engagieren. Das Projekt wirkt stark nach innen und strahlt stark nach aussen. Dies wird durch die zahlreichen Rückmeldungen, die im Zuge der Erarbeitung des Bewerbungsdossiers erfolgten, bestätigt. Sie betont, dass sich nicht nur Menschen aus der Kulturszene an der Onlineumfrage beteiligt haben, sondern auch auffallend vielen junge Menschen. Es ist viel Tatendrang und Begeisterung zu spüren, genau wie im Gemeinderat und in der Verwaltung auch. Sie wollen den Wettbewerb unbedingt gewinnen, um viele gute Ideen umsetzen und die Kultur und die Stadt weiterbringen zu können. So ein Projekt braucht viel Geld. Sie schaut der Debatte gespannt entgegen.

Noëmi Porfido, **SAKO BiSK**, äussert, dass der Kredit im Zusammenhang mit der bereits eingereichten Bewerbung ausführlich diskutiert wurde. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage nach der Nachhaltigkeit der zusätzlich geplanten finanziellen Mittel. Wie sieht die nachhaltige Wirkung für die Kulturlandschaft Thun über das Titeljahr hinaus aus. Sie sehen durchaus eine Chance darin, mit einem Zuschlag eine zusätzliche Sichtbarkeit und Vernetzung für die Kulturszene zu ermöglichen. Sie bedauern aber, dass ihnen keine konkreten, verbindliche Aussagen zu langfristigen strukturellen Verbesserungen wie Räumlichkeiten, finanzieller Unterstützung oder niederschwelliger Bewilligungspraxis aufgezeigt werden konnten. Die Aussagen beinhalten nur Hoffnungen und Wünsche. Weiter wurde die vorliegende Finanzierung vom Budget, also die geplanten Einnahmen, kritisch beurteilt. Der Kredit steht unter Vorbehalt von einem Zuschlag. Gleichzeitig sind die Beiträge von Bund und Kanton noch nicht definitiv zugesichert. Dies beurteilen sie als grossen Unsicherheitsfaktor. Weiter ist nicht klar, ob die geplanten Spendeneinnahmen generiert werden können. Sie fragen sich, was geschieht, wenn der Zuschlag erfolgt, die geplanten Mittel aber nicht kommen. Nach der Diskussion bleiben offene Fragen und es geht darum, Chancen und Risiken zu gewichten. Sie werden dem Kredit mit 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 1 Abwesenheit zustimmen.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, finden, es ist eine Frage der Optik, ob es eine Chance ist oder vielmehr ein Risiko, dass nach einem Grossanlass nicht viel bleibt. Eine klare Mehrheit sieht in dem Projekt eine Chance. Eine Chance für Sichtbarkeit und Vernetzung. Eine Chance für zusätzliche Mittel für ein Kulturjahr, das Thun national positionieren könnte. Die dennoch bestehenden kritischen Punkte sind stark von den aktuellen Realitäten von Kulturschaffenden geprägt. Veranstaltungen, die niederschwellig und lokal verankert sind, scheitern nicht wegen fehlenden Ideen und fehlendem Engagement, sondern wegen den Bewilligungsverfahren, zu wenig finanziellen Mitteln, zu viel Auflagen und fehlendem Handlungsspielraum. Heutzutage gibt es so viele Auflagen, dass niederschwellige Events enorm teuer und deshalb nicht rentabel sind. Sie glauben kaum, dass ein zeitlich begrenztes Titeljahr die strukturellen Probleme, die Kulturschaffende aktuell ausbremsen, nachhaltig auflösen kann. Sie betont, dass ein Verpflichtungskredit für ein mögliches Kulturhauptstadtsjahr keinesfalls einen Ersatz für eine langfristige verlässliche Kulturpolitik ist. Fragen nach bezahlbaren Infrastrukturen, verhältnismässigen Bewilligungen, Zugänglichkeiten und Räumen entstehen unabhängig von einem Titel und müssen auch unabhängig davon gelöst werden. Sie

stehen klar für Kultur, nämlich für eine lebendige, vielfältige und zugängliche Kultur. Auch stehen sie klar für eine nachhaltige Kulturförderung, die nicht nur ein Jahr lang funktioniert, sondern den Alltag der Kulturszene dauerhaft verbessert. Sie wünschen sich, dass nicht nur die Kulturabteilung, sondern auch das Amt für Stadtliegenschaften und Sicherheit gut zusammenarbeiten können und sich dafür einsetzen, dass die Kultur wieder mehr Platz und Möglichkeiten bekommt. Kulturschaffende brauchen Unterstützung. Sie verweist auf die Antwort zu dem traktandierten Vorstoss. Diese zeigt, dass viel Luft nach oben besteht. Sie positionieren sich mit Offenheit für die Chance des Projekts mit der klaren Erwartung, dass ein Zuschlag zwingend Hand in Hand mit konkreten strukturellen Verbesserungen für die Kulturszene einhergehen muss. Sie sind gespannt, wie sich das Engagement vom Gemeinderat konkret zeigt. Dies im Falle einer Nominierung, aber auch wenn der Titel nicht erreicht wird. Sie fasst zusammen, dass es nicht nur um ein Leuchtturmprojekt mit nationaler Ausstrahlungskraft und den Tourismus geht, sondern um ein lebendiges Thun im Kleinen und im Alltag. Und zwar für heute, morgen und weit drüber hinaus. Sie werden dem Kredit deutlich zustimmen.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, begrüßen die Kandidatur als Kulturhauptstadt und unterstützen den Kredit. Für sie ist es wichtig, dass das Projekt mehr als nur ein kurzfristiger Anlass ist. Es soll ein sozialpolitisch relevantes Kulturprojekt sein, welches zu einer offenen und lebendigen Stadt Thun beiträgt. Sie sehen in dem Projekt eine grosse Chance, an nationaler Sichtbarkeit zu gewinnen und die Kulturszene nachhaltig zu stärken. Dies besonders deshalb, weil Thun aktuell nicht als kulturelle Hochburg wahrgenommen wird. Entscheidend ist, dass rund um die Kulturhauptstadt nicht nur Symbolpolitik betrieben wird. Sie erwarten, dass lokale Kulturschaffende, Vereine und Institutionen langfristig davon profitieren. Sei es durch verbesserte Rahmenbedingungen, nachhaltige Förderinstrumente oder durch dauerhaft nutzbare Infrastrukturen. Die Kulturhauptstadt soll Impulsgeberin und kein einmaliges Prestigeprojekt sein. Sie beurteilen das Projekt mit einem Gesamtbudget von 7.1 Mio. Franken und dem Prinzip von Design to Cost finanziell als realistisch und verantwortungsvoll geplant. Im Vergleich zu den anderen Bewerbern ist das Budget von Thun eines der kleinsten. Sie stimmen dem Kredit zu und setzen sich dafür ein, dass die begonnene Arbeit unabhängig vom Juryentscheid nachhaltig genutzt und weitergeführt wird.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/EVP/EDU**, anerkennen den grossen Einsatz des Gemeinderats und der Verwaltung bei der Erarbeitung von der Kandidatur zur Kulturhauptstadt 2030. Das vorliegende Konzept ist inhaltlich ambitioniert und breit abgestützt. Die angestrebte nationale Sichtbarkeit bringt grundsätzlich Chancen für die Kultur, den Tourismus und die Standortattraktivität. Positiv finden sie ebenfalls die Umsetzung nach Design to Cost. Gleichzeitig gibt es auch für sie wesentliche, noch offenstehende Punkte. Es wird ein Kredit von 1.95 Mio. Franken besprochen, davon 1.2 Mio. Franken zulasten des Steuerhaushalts, obwohl zentrale Finanzbausteine noch nicht gesichert sind. Er verweist auf die noch unklare Unterstützung seitens Bund. Dazu zitiert er aus einem Artikel der Swissinfo vom Dezember 2024: «Eine Subvention für die nächsten Kulturhauptstädte in den Jahren 2030 und 2033 ist laut der BAK-Sprecherin Anne Weibel derzeit noch nicht in Sicht». Daraus ergibt sich ein erhebliches finanzielles Risiko für den Erfolg des Vorhabens. Ebenfalls kritisch sehen sie die unzureichend dargelegte Nachhaltigkeit des Projekts. Es bleibt offen, welcher langfristige Effekt für die lokale Kulturszene, Vereine und Quartiere tatsächlich entsteht. Die starke finanzielle und inhaltliche Zentrierung des Projekts stellt für sie einen weiteren Kritikpunkt dar. Es ist nicht ausreichend aufgezeigt, wie die dezentralen Stadtteile und Kulturvereine substanziell profitieren können. Es besteht die Gefahr, dass mit öffentlichen Mitteln in einzelne Leuchtturmprojekte investiert wird, während die kulturelle Breite, Vernetzung und die unternehmerische Freiheit von Kulturschaffenden zu wenig berücksichtigt werden. Sie erwarten eine klare Priorisierung zugunsten einer breiten Wirkung. Der häufig genannte Impulscharakter des Projekts überzeugt sie noch nicht umfänglich. Erfahrungen von früheren Grossanlässen zeigen, dass positive Effekte möglich sind. Diese treten jedoch weder automatisch noch nachhaltig ein. Ohne klare Zielsetzung, verbindliche Strukturen und einer konsequenten Wirkungskontrolle bleibt der Nutzen für alle Anspruchsgruppen ungewiss. Ihre knappe Zustimmung ist Ausdruck ihrer Zurückhaltung. Für sie ist klar, dass Offenheit und kulturelle Entwicklung nicht mit einem Blankoscheck gleichgesetzt werden dürfen. Solange Kostenkontrolle, private Mitfinanzierung, regionale Verankerung und eine nachweisbare Langzeitwirkung nicht überzeugend dargelegt werden, bleibt die

Kandidatur mit Vorbehalten verbunden. Chancen sehen sie dort, wo das Projekt gezielt wirken kann, sei es bei Kooperationen mit Schulen, Neuformaten in Quartieren oder in nachhaltige Strukturen, die über 2030 hinausgehen. Sie werden dem Antrag zustimmen.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, unterstützen grundsätzlich Anliegen und Bedürfnisse im vielfältigen Bereich Kultur und Kulturförderung. Die Meinungen dazu, wo die Kulturförderung ansetzen soll, um viele Bereiche der Kulturlandschaft wirklich zu erreichen, sei es bei Institutionen, Vereinen oder bereits existierenden Veranstalter, gehen auseinander. Für die einen bietet die Kulturhauptstadt eine schöne Möglichkeit, die verschiedensten Bereiche der Thuner Kultur sicht- und erlebbar zu machen und dadurch eine nachhaltige Förderung zu erreichen. Zentral ist für jene ein breit abgestütztes Programm unter Einbezug aller kulturellen Bereiche und ohne Konkurrenz zum bestehenden Angebot. Dieses soll langfristig unterstützt und gefördert werden. Für die anderen sticht die Stadt Thun mit ihrer bisherigen Unterstützung für Vereine und Kultur nicht gerade heraus. Diese finden, die Finanzierung und Unterstützung soll direkt in kulturelle Bereiche in Thun investiert werden, anstelle sich nach aussen mit einem grossen Fest selber zu feiern. Sie stimmen dem Antrag mehrheitlich zu.

Für Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, scheint es bei Betrachtung der Ausgangslage, als ob der Gemeinderat die Thuner Kultur und den Sport nur dann fördern will, wenn ein Grossanlass damit verbunden ist. Sei es die Förderung vom Thuner Frauenfussball mit der Women's Euro oder hier die Thuner Kultur, die verpackt mit einem Kredit für eine Kulturhauptstadt mehr Geld erhalten soll. Sie fragen sich, ob es wirklich um Kulturförderung geht. Bringt dieses grosse Projekt für die Thuner Kultur wirklich einen nachhaltigen Nutzen oder ist es ein grosses Projekt, welchs viel Geld braucht, die Stadt Thun ein Jahr lang sichtbar macht und danach nicht viel davon übrigbleibt. Auf den ersten Blick sieht das Projekt interessant aus. In Thun soll es viel Kultur geben mit einer schweizweiten oder gar europaweiten Ausstrahlungskraft. Ein ganzes Jahr lang wird der Kultur gewidmet, es soll mehr Besuchende und mehr Tourismus geben. Er weist darauf hin, dass bei der einen oder anderen Debatte gerade von der linken Seite geäussert wurde, dass es in Thun schon jetzt genügend Besucherinnen und Besucher gibt. Nun sollen mit diesem Projekt noch mehr Gäste kommen. Als Kulturschaffender in der Basiskultur hat er festgestellt, dass das Projekt den einen oder anderen Haken hat. Zum einen ist es das Budget von mehr als 7 Mio. Franken, das zu mehr als zwei Dritteln durch die öffentliche Hand getragen werden sollen. Dabei geht es um Steuergelder von allen. Weiter beruht der Kostenvoranschlag auf Annahmen und nicht auf einer verbindlichen Zusage seitens Bund und Kanton. Weiter fragen sie sich, ob mit dem Projekt auch wirklich alle und nicht nur die grossen bereits bekannten Events berücksichtigt werden. Was ist mit der Basiskultur, Musikvereinen, Jodler Clubs, Tanzgruppen und vielen weiteren kleinen Gesellschaften und Gruppen. Während den Beratungen konnte ihm niemand schlüssig darlegen, dass deren Einbindung gewährleistet ist. Es gibt noch zahlreiche unbeantwortete Fragen. Wäre es politisch und rechtlich möglich, so hätte eine Grossmehrheit ihrer Fraktion einen Gegenvorschlag formuliert, der vorsieht, dass der Stadtrat einen Betrag in gleicher Höhe, jedoch ohne Bewerbung als Kulturhauptstadt, bewilligt wird. Dies mit dem Ziel, dass sämtliche Kulturschaffende, im speziellen die Basiskultur, von diesen total 1.95 Mio. Franken profitieren könnte. Sollte der Kredit genehmigt werden, so appellieren sie an den Gesamtgemeinderat, die zuständige Gemeinderätin und die Kulturabteilung, das Projekt so aufzubauen, dass vor allem die Basiskulturschaffenden aus Thun von diesem Event profitieren können. Sie werden den Kredit mehrheitlich ablehnen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, begründet, warum die Fraktion gespalten ist und eine Minderheit zustimmen wird. Sie sehen in dem Projekt einen wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt Thun und sind überzeugt, dass die Investition mehrheitlich zurückkommen wird. Es wird hochwertiger und nicht Billigtourismus generiert. Bisher waren alle Grossanlässe aus dem Bereich Sport, sei es der Iron Man, die Women's Euro, das ESAF 2028 oder auch die Swiss Football Home. Die zustimmende Minderheit ist keineswegs höchst erfreut über das Geschäft. Auch ihnen fehlt die Nachhaltigkeit für die Thuner Basiskultur. Sie sind gespannt, wie die Jury entscheidet.

Marc Fritschi (Parteilos) äussert, dass die Schweiz rotierende Präsidentinnen und Präsidenten hat und weder einen König noch eine Hauptstadt. Geht es aber darum, Geld zu verteilen, das einem nicht gehört, dann ist das Vorbild aus dem Ausland gut. Deshalb soll in der Schweiz eine Kulturhauptstadt generiert werden. Kultur ist ein hartes Pflaster und nicht jeder Künstler kann von seiner Kunst leben. Das Gemeinwesen scheint je länger, je mehr ein Selbstbedienungsland zu sein. Bund, Kanton und Gemeinde verteilen jährlich Steuergelder, ohne dass die Steuerzahlenden viel dazu äussern können, wer das Geld bekommt. Er findet, je weiter weg man von den Geldgebern ist, desto schlimmer ist es. Damit meint er den Bund. Der Kanton lernt vom Bund und die Gemeinde vom Kanton. Niemand weiss für was die 7 Mio. Franken ausgegeben werden sollen. Er mutmasst, dass das Geld mit der Giesskanne verteilt wird. Ob so die Samen befruchtet werden können und lokal etwas spriessen würde, ist ungewiss. Sicher ist, dass die Bürokratie spriessen wird, sei es bei den Kulturorganisationen oder in der öffentlichen Verwaltung. Brüsten werden sich die Politikerinnen und Politiker. Für diesen Zweck sind Steuergelder nicht vorgesehen. Sie sind für eine Ablehnung des Kredites.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt für die Diskussion. Sie hat übergeordnet die Frage nach der nachhaltigen Wirkung wahrgenommen. Sie bestätigt, dass es einfacher wäre, wenn sie eine Garantie dafür abgeben könnte. Dies kann sie jedoch nicht. Sie garantiert, dass sie alles daran setzen werden, die genannten Anliegen zu berücksichtigen. Dies wird ihr Leitfaden sein. Sie hat gehört, dass vor allem die Thuner Kultur, professionelle Kunst und Kultur wie auch die Basiskultur von dem Projekt profitieren sollen. An Stadtrat Thomas Bieri gerichtet weist sie darauf hin, dass die Stadt Thun Musikvereine bereits heute mit freiwilligen Beiträgen unterstützt. Sie unterstützt das Anliegen einer nachhaltigen Wirkung. Es wurde geäussert, dass es mit dem Projekt um ein begrenztes Kulturjahr geht. Sie weist darauf hin, dass sich der Gemeinderat bereits seit dem Frühling 2025 mit dem Vorhaben befasst und seither viel entstanden ist. Erhalten sie den Zuschlag, so werden sie sich von 2025 bis und mit 2031 mit der Thematik beschäftigen. Sie betont, dass vom Startpunkt bis zur Umsetzung viele Chancen entstehen werden. Es werden sich viele Institutionen, Leute und Vereine zusammenschliessen, damit etwas Attraktives entstehen kann. An Stadträtin Noëmi Porfido gerichtet verweist sie auf das Fördergefäss Kulturexpress, mit dem kurzfristig niederschwellig ein Gesuch eingereicht werden kann. Dies wird so weitergeführt, da es erfolgreich ist. Sie bestätigt, dass die Finanzierung noch nicht gesichert ist. Hier geht es allen Bewerbungsstädten gleich. Der Bund muss eine neue Kulturbotschaft in den Weg leiten. Sie beurteilt die Chance, dass das Projekt mit dabei ist, als gut. Sie weiss auch, dass es darauf ankommen wird, wie erfolgreich La Chaux-de-Fonds als Pilotkulturhauptstadt sein wird. Der Verein Kulturhauptstadt wird sich sehr dafür engagieren, dass auch der Bund seine Mittel sprechen wird. Das Budget ist eine Schätzung. Es müssen Annahmen getroffen werden. Sie wissen, das Budgetposten im Verlaufe vom Projekt noch verschoben werden müssen. Sie hören dem Rat heute gerne zu, um zu wissen, wo das Geld besonders hinfliessen soll. Bezüglich der Forderung von Stadtrat Nicolas Glauser nach einem breit abgestützten Programm verweist sie auf die im Stadtratsbericht auf Seite 4 aufgeführten Aussagen. Die detaillierten Programmpunkte werden im Vorfeld mit den Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen und weiteren Personengruppen definiert. Dies unter Einbezug der Bevölkerung. Sie bestätigt, dass das bestehende Kulturangebot nicht leiden darf. Dies ist eine Vorgabe für die Bewerbung. Sie weist darauf hin, dass das Projekt Kulturhauptstadt nicht ein einziger Grossanlass wird. Viel mehr gibt es eine Vielfalt von Vorhaben über das ganze Jahr verteilt. Betreffend Tourismus weist sie darauf hin, dass das Programm klugerweise so ausgestaltet wird, dass Gäste insbesondere in der Zeit angelockt werden, in der noch Potenzial besteht. Sie ist mit Stadtrat Marc Fritschi einig, dass nicht alles, was andere machen, gut und zur Nachmachung geeignet ist. Sie ist aber überzeugt, dass es das hier mit der Kulturhauptstadt ist. Sie fasst zusammen, dass sie die genannten Anliegen mitnehmen und bei einer heutigen Zusage Vollgas geben für den Jurytag. Sie ist gespannt auf das tatsächliche Resultat der heutigen Abstimmung.

Der Rat genehmigt mit 25 : 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisaufnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Januar 2026, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine neue Ausgabe von 1,95 Millionen Franken zulasten der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2031 (davon 1,2 Millionen Franken zulasten Produkt 3810 und 0,75 Millionen Franken zulasten der Spezialfinanzierung «für kulturelle Zwecke») für die Durchführung des Projekts Kulturhauptstadt Schweiz 2030 in Thun unter Vorbehalt des Zuschlags durch die Jury Kulturhauptstadt Schweiz.
2. Die Genehmigung der Leistungsvereinbarung mit dem zu gründenden Verein «Thun Kulturhauptstadt Schweiz 2030» wird an den Gemeinderat delegiert.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

17. Postulat P 16/2025 betreffend Prüfung von Handlungsbedarf bezüglich Umgestaltung bzw. Optimierung der politischen Governance in der Stadt Thun

Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP) und Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025; Beantwortung

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, versteht unter Governance die Art und Weise, wie staatliche Organisationen geführt und gesteuert werden. Sie umfasst Strukturen, Prozesse und Regeln, die sicherstellen, dass Entscheidungen transparent, verantwortungsvoll und im Sinne aller getroffen werden. Er dankt dem Gemeinderat, dass er das Postulat sorgfältig prüfen will. Sie erwarten vom Gemeinderat einen zeitnahen Vorschlag dazu, welches Gremium für die Bearbeitung und Gestaltung der wichtigen Fragen im Bereich Governance der Stadt Thun wirken kann. Er betont, dass die im Postulat aufgelisteten Punkte keineswegs abschliessend sind. Womöglich fehlen noch entscheidende Fragen. Er äussert, dass der heute diskutierte Vorstoss der Grünen zwingend in diesem Kontext behandelt werden muss. Vertreter aus dem Rat müssen sich zu den verschiedenen Fragen Gedanken machen. Das Ganze muss mit entsprechender Tiefe und Breite angeschaut werden. Die Welt und das politische Umfeld haben sich seit 2001 und 2002 stark verändert. Die Verbesserungen und Korrekturen müssen durch den Rat erfolgen. Er geht davon aus, dass die entsprechende Kommission bei Sachfragen die Verwaltung miteinbeziehen wird, sei es der Stadtschreiber oder die im Publikum vertretene Finanzverwaltung. Sie werden den Vorstoss annehmen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, nimmt vorweg, dass sie das Postulat einstimmig annehmen werden. Dies, obschon ihrer Meinung nach nicht alle Fragen nötig gewesen wären. Sie sind klar der Ansicht, dass es eine Spezialkommission braucht, die sich mit den Fragen befasst. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Veränderungen breit abgestützt werden. In der SAKO sei dies nicht der Fall. Sie finden, dass der Gemeinderat die Arbeit so rasch als möglich angehen und Vorschläge dazu machen muss, wie die Spezialkommission aussehen könnte.

Für Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist nicht ganz klar, was mit Governance gemeint ist. Sie würden darunter verstehen, dass der Stadtrat Vorstösse mit klaren Absichten einreichen soll. Die in dem Vorstoss aufgeführten Fragen seien nicht abschliessend und es gäbe noch viele andere Fragen, unter anderem auch von den Grünen. Ja, das Leben ändert sich. Er nimmt zur Kenntnis, dass man in Thun das Rad neu erfinden will. Man kann durchaus das Haar in der Suppe suchen. Seiner Ansicht nach wäre es hier eine ganze Perücke. Er hat sich von der Fraktion überzeugen lassen, dass es nicht um den Inhalt, sondern einzig und allein um die Frage geht, wer diese und alle weiteren Fragen beantworten könnte. Er bedauert, dass der Gemeinderat dies nicht gleich gemacht hat, so wäre es gleich erledigt. Sie unterstützen den Antrag, dass der Gemeinderat sich um die Frage nach der Zuständigkeit kümmert.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, freut sich, dass der Gemeinderat das Geschäft zur Annahme empfiehlt. Er hält fest, dass es nur um das Gefäss geht, das sich später mit den Fragen der Governance befassen wird. Die Formulierung wurde bewusst offen gewählt. Sie sind der Meinung, die immer wieder einzeln aufpoppenden Fragen sollen gesamtheitlich, anstatt mit zig Einzelpostulaten, diskutiert werden. Er bittet, die Fragen als beispielhaft zu betrachten. Auch sie sind nicht allen Fragen gegenüber positiv eingestellt. Sie finden es wichtig, sich nach über einem Jahrzehnt wieder mit dem Thema zu befassen. Sie nehmen das Postulat einstimmig oder mit einer Enthaltung an.

Der Stadtpräsident dankt für die Präzisierung der Thematik. Dies erleichtert ihnen die Einschätzung, welche Erwartungen sie erfüllen oder enttäuschen können. Ihnen war es wichtig zu hören, wie der Stadtrat das Geschäft interpretiert. Bei einer Zustimmung werden sie ergebnisoffen und unter Beachtung der Stadtverfassung und der Voten die Frage nach der Zuständigkeit prüfen.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

18. Postulat P 23/2025 betreffend Zukunft Aarefeldplatz: Öffentlichen Raum an zentraler Lage sichern und aufwerten

Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion SP und Fraktion GLP/EVP/EDU vom 18. September 2025; Beantwortung

Der Stadtpräsident will den Rat für die bestehenden Rahmenbedingungen sensibilisieren. Er betont, dass sie nicht Eigentümerin ist und deshalb nicht einfach etwas machen können. Im Jahr 1995 hat die Stadt ein Baurecht erteilt, das noch läuft. Er betont, dass sich nicht alle dieser Tatsache bewusst sind. Will etwas gemacht werden, so muss dies in gutem Einvernehmen mit den Eigentümern erfolgen. Es gibt technische Gegebenheiten, weshalb einige Vorschläge schlicht nicht umsetzbar sind. Unter dem Platz liegen ein Ladenlokal sowie eine Einstellhalle. Dies muss bei einer neuen Infrastruktur, sei es gerade auch bei Einbezug von Wasser, berücksichtigt werden. Die bestehenden Rahmenbedingungen wollen bestmöglich genutzt werden. Er weist darauf hin, dass ein kooperatives Verfahren notwendig ist.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, mutmasst, dass sich alle darin einig sind, dass die Abgabe des Baurechts im Jahr 1995 ein Fehler war. Ein Platz an dieser Lage nicht selbst gestalten zu können, macht die Planung sehr anspruchsvoll. Sie will nach vorne blicken. Die Beantwortung zeigt die Komplexität, die durch die funktionalen Überlagerungen und den unterirdisch verbauten Flächen entsteht. Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt Thun aufgrund dieser Bedingungen sehr zurückhaltend ist. Sie äussert, dass der Platz womöglich gemietet werden könnte, so wie es dies beim Kerschparkplatz der Fall ist. Dieser Platz steht grossmehrheitlich leer und kann samstags von den Marktfahrzeugen genutzt werden. Die kooperative Zusammenarbeit mit den Eigentümern ist auch ihr ein Anliegen. In der Beantwortung hat ihnen die Haltung der Stockwerkeigentümer gefehlt. Womöglich werden nicht alle dieselbe Haltung vertreten. Sie wissen aber aktuell nicht, was die Eigentümer wollen, weshalb nur spekuliert werden kann. Klar ist, dass die Situation unbefriedigend ist. Der Platz ist seiner Funktion als Ankunftsort und Visitenkarte von Thun nicht würdig. Das Bild zeigt tote Fassaden, mit grauen Platten versiegelter Boden und eine sporadische Bespielung durch kommerzielle Angebote. Es gibt kaum Sitzgelegenheiten, keinen Schatten und nichts, was die Aufenthaltsqualität verbessern würde. Es wurde gezeigt, dass mit temporären Sitzgelegenheiten und Bepflanzungen kurzfristig einiges machbar wäre. Nun liest sie, dass man mit der Erarbeitung der ÜO die kommerziellen Nutzungen sichern will. Das war nicht ihre Vorstellung von einem attraktiven Platz. Ihr leuchtet es ein, dass die Stockwerkeigentümer Interesse an einer Vermietung des Platzes haben, da sie dessen Unterhalt bezahlen müssen. Sie haben deshalb womöglich wenig Interesse, den Platz für einen kostenlosen Aufenthalt für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es braucht somit eine andere Lösung. Bezüglich Planung besteht Einigkeit. Sie weist auf das bestehende Zielbild und das sich in Arbeit befindende Betriebs- und Gestaltungskonzept hin. Die Pläne sehen gut aus, aber schlussendlich geht es dabei nur um ein Stück Papier. Sie weiss, dass bis zu deren Umsetzung noch viele Jahre verstreichen

werden. Als Stadt ist man gefordert zu zeigen, dass man die Bevölkerung, die sich ebenfalls mehr Aufenthaltsqualität wünscht, gehört hat. Sie betont, dass eine Realisierung in zehn Jahren nicht ausreicht. Es braucht temporäre Massnahmen für eine zwischenzeitliche Aufwertung des Platzes. Sie ist klar gegen die Abschreibung. Dies mit der Bitte, die Möglichkeit eines Mietverhältnisses zu prüfen. Weiter muss mit den Stockwerkeigentümern geschaut werden, wie der Platz kurzfristig und nicht nur mit kommerziellen Angeboten aufgewertet werden kann.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, äussert, dass sie in der SAKO darüber informiert wurden, was im Rahmen des Betriebs- und Gestaltungskonzepts vor dem Bahnhof angedacht ist. Dies klingt vielversprechend. Er weiss aber, dass erste Resultate frühestens in zehn Jahren sichtbar werden. Auch im Rahmen des genannten Konzepts muss mit der Eigentümerschaft geschaut werden, was möglich ist. Ihrer Meinung nach muss vorher etwas geschehen, damit der Platz zu einer Visitenkarte werden kann. Aktuell bietet der Platz eine Steinwüste. Sie bezweifeln nicht, dass langfristig etwas Gutes gemacht wird. Es geht aber um die zeitnahe Aufwertung des Platzes, die mit diesem Postulat bezweckt werden will. Der Antwort vom Gemeinderat sind nur Probleme und Hürden zu entnehmen, jedoch keine Signale zu einer vorzeitigen Aufwertung. Sie fordern den Gemeinderat auf, im Sinne des Postulates zu handeln und mit der Eigentümerschaft eine mögliche Aufwertung auszumachen. Aufgrund der Gegebenheiten kann nicht alles realisiert werden. Er weist darauf hin, dass dies auch in zehn Jahren noch so sein wird. Sie werden das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, äussert, dass das Gegenteil von «gut» «gut gemeint» ist. Das heisst, eine positive Absicht führt nicht zwangsläufig zu einem guten Ergebnis. So beurteilen sie es, wenn das Ziel vom Postulat ist, einen öffentlichen Raum an zentraler Lage zu sichern. Er betont, dass eine Baurechtssituation besteht. Auch ist allen das bauliche Konstrukt klar. Die Tatsache, dass unter dem Platz Verkaufs- und Lagerräume und eine Einstellhalle liegen, bleibt. Und zwar auch dann, wenn man sich in zähflüssigen und langwierigen Verhandlungen über die rechtliche Ausgangslage oder eine allfällige Änderung der Baurechtsbedingungen einigen könnte. Bei allen baulichen Massnahmen für mehr Grün und weniger Stein besteht die Gefahr, dass kurz-, mittel- oder langfristig Schadensbildung entstehen kann. Haftbar wäre die Stadt. Dieses Risiko wollen sie nicht tragen. Kann die Eigentümerschaft mit diesem Vorstoss für eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität an diesem Platz gewonnen werden, so wäre sein Eingangszitat unerwarteterweise widerrufen. Damit könnten sie leben. Sie werden das Postulat einstimmig annehmen und abschreiben.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, weist ebenfalls auf die bereits erwähnte, schwierige bauliche Situation hin. Die Besitzverhältnisse sind nun allen klar. Das war vor dem Vorstoss womöglich nicht der Fall. Der Fehler ist vor 30 Jahren geschehen. Die Konzepterarbeitung am Bahnhof ist im Gange. Das braucht Zeit. Sie werden das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Der Stadtpräsident betont, dass es ihnen nicht am guten Willen fehlt. Bei dieser baulichen Konstruktion sehen sie durchaus gewisse Risiken. Es ist möglich, den Platz als Baurechtsgeberin zurück zu mieten. Dann müssten sie wahrscheinlich für alle Folgen ihres Tuns die Haftung übernehmen. Sie sind nicht gewillt, auf fremdem Boden Installationen zu tätigen und zu schauen, ob alles hält und dicht bleibt. Sie tragen die Verantwortung für die Gestaltung aber auch für die Sicherheit und die Finanzen. Sie wollen keinesfalls die Eigentümer wütend machen. Sie wollen mit ihnen zusammen etwas Gutes machen. Er teilt die Meinung, dass sie den Platz heute so nicht mehr gestalten würden. Sie müssen nun das Erbe der Vorgänger bestmöglich bearbeiten. Sie werden mit oder ohne Abschreibung wie dargelegt weitermachen, denn sie wollen eine Verbesserung.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass sich das Nichtabschreiben vor allem auf die Prüfung eines Mietvertrages bezieht. Würde diese aufgrund von Haftungsfragen negativ ausfallen, so wäre dies eine Grundlage für die Entscheidungsfindung. Auch sie wollen die Stockwerkeigentümerschaft

keinesfalls wütend machen. Sie ist aber überzeugt, dass diese für eine Lösungsfindung Bereitschaft zeigen, da die Bewirtschaftung von diesem Platz auch für sie nicht immer einfach ist.

Der Rat erklärt das Postulat mit 37 : 1 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 20 : 18 Stimmen ab.

19. **Postulat P 12/2025 betreffend mehr Raum für Kunst und Kultur – Übersicht, Zugang und transparente Nutzung städtischer Liegenschaften**

Noëmi Porfido (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Nina Siegenthaler (SP), Lara Müller (die Mitte), Thomas Bieri (SVP), Mike McGarty (GLP), Fraktion Grüne und Fraktion SP vom 3. Juli 2025; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib kann das Bedürfnis grundsätzlich gut nachvollziehen. Er zeigt gerne die Sicht der Stadt als Liegenschaftsbewirtschafterin auf. Sie streben möglichst wenig Leerstand an, sei es im Verwaltungs- oder im Finanzvermögen. Es kann dann zu längeren Leerständen kommen, wenn für grosse Sanierungen ein längerer Planungsvorlauf ansteht, die Nachnutzung noch unklar ist oder sich die Rahmenbedingungen für die Nutzung verändert haben. Bestes Beispiel dafür ist das Schloss Schadau. Die Räumlichkeiten konnten während eines gewissen Zeitraums künstlerischen Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch Halle 6 und das Schoren Schulhaus sind Beispiele für eine Zwischennutzung. Letzteres hat gezeigt, dass Zwischennutzungen nicht immer möglich sind. Es kann zonenrechtliche Einschränkungen geben. Weiter kann es problematisch sein, von einem ganzen Komplex wie einem Schulhaus nur eine einzige Räumlichkeit zu nutzen, weil diese nicht einzeln in Betrieb genommen werden kann. Da stellen sich auch Kostenfragen. Weiter gibt es bei Mehrfachnutzungen Konfliktpotenzial bezüglich Sicherheit, Zutritt und Lärm. Ein Tool zu haben, das leerstehende Räume umgehend sichtbar macht, beurteilt er als romantisierende Vorstellung. Er weist darauf hin, dass es sich oft auch um kurze Leerstände handelt, die lediglich für die Instandstellung genutzt werden. Weiter stellt er in Anbetracht des sehr geringen Volumens an Leerständen die Frage nach der Verhältnismässigkeit eines solchen Tools. Diese würden sie eher verneinen. Sie stehen in einem guten Austausch mit der Kulturabteilung. Zeichnet sich ein längerer Leerstand ab, so setzen sie sich für eine Zwischennutzung ein. Der Vorstoss bezüglich Alpenrösli sieht er als Möglichkeit. Das Alpenrösli steht im Finanzvermögen. Sie haben die Aufgaben, dass eine Liegenschaft im Finanzvermögen eine gewisse Rendite erzielt. Auf diese Einnahmen kann man verzichten, wenn man dies will. Finanzrechtlich wird es erst recht relevant, wenn solche Liegenschaften gar noch vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen verschoben werden sollen. Dies wäre finanzrechtlich eine Ausgabe. Da hätte mindestens der Stadtrat, wenn nicht gar das Volk, das letzte Wort. Mit diesen Aufführungen will er die Ausgangslage aufzeigen.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, nimmt vorweg, dass sie dem Antrag auf Annahme und Abschreibung Folge leisten werden. Dies keineswegs deshalb, weil sie das Anliegen als erfüllt betrachten, sondern weil ihr eigentliches Bedürfnis nicht angekommen zu sein scheint. Für den Gemeinderat mag es unverhältnismässig sein. Für sie ist es aber ein wichtiges Zeichen von Transparenz, dass für Kulturschaffende Leerstände ersichtlicher sind, auch wenn es nur um ein bis zwei Räume geht. Sie weist darauf hin, dass andere Gemeinden das auch können. Sie findet es übersichtlich und wichtig. Einen internen Austausch begrüssen sie sehr. Sie weist aber darauf hin, dass den Kulturschaffenden ein selbständiger Zugang verwehrt bleibt, sobald interne Abläufe notwendig sind. Sie wird das Anliegen in einem neuen präziseren Postulat nochmals einreichen.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, geht es auch hier direkt oder indirekt um Kulturförderung im niederschweligen Rahmen, nämlich wirklich um die Rahmenbedingungen von Kulturschaffenden. Es geht darum, wie und wo Kulturschaffenden Räume zu guten Konditionen zur Verfügung gestellt werden können. Es gibt nur wenige Objekte und der Spielraum ist klein. Als Mitpostulant findet er, dass die Idee einer Buchungsplattform oder eines Tools für Kulturschaffende nicht vergessen oder ganz abgeschrieben werden soll. Er kann sich gut vorstellen, dass mit der Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten ein Tool zur

Verfügung gestellt werden kann, das im Kostenrahmen liegt. Allenfalls können bereits vorhandene Mittel optimiert werden. Ihnen ist es wichtig, dass die Politik und die Verwaltung auf die Problematik und Thematik der Kulturschaffenden sensibilisiert sind. Sie werden einstimmig annehmen und abschreiben.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, anerkennt den Bedarf an Räumen, gerade auch an kleinen, wie Probelokale für kurzfristige und wiederkehrende Nutzungen. Auch braucht es preiswerte Räume für dauerhafte kreative Tätigkeiten. Sie finden es gut, dass die Stadt Thun in der Alten Oele solche Räume zur Verfügung stellt. Sie anerkennen, dass Thun kaum Leerstände kennt, und finden es gut, dass bei sich abzeichnenden Leerständen dauerhafte Lösungen gesucht werden. Auch anerkennen sie, dass es Gebäude und Flächen gibt, deren Vermietung schwierig ist. Sie erwarten, dass die Stadt Thun Liegenschaften im Finanzvermögen wo immer möglich rentabel und zu marktüblichen Preisen vermietet. Ihrer Meinung nach erübrigt sich eine digitale Übersicht aufgrund der sehr limitierten Anzahl an leerstehenden Flächen und weil eine solch spontane und kurzfristige Nutzung nicht in ihrem Interesse ist. Diese sind mit Aufwand und Kostenfolgen für die Hauswartteams verbunden. Sie begrüssen die Antwort, dass sich Interessierte bei der Kulturabteilung melden können und dort eine Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtliegenschaften besteht. Sie nehmen das Postulat sehr verhalten an und schreiben es ab.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, findet, dass das Postulat Massnahmen aufzeigt, die sich gut mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt verbinden lassen. Eine Stadt, die Räume für kulturelle Projekte bereitstellt, zeigt, dass sie die Kultur ernst nimmt. Dies ist für eine Bewerbung als Kulturhauptstadt zentral. Zwischennutzungen und temporäre Kulturprojekte demonstrieren Kreativität und Flexibilität und machen eine Stadt sichtbar und lebendig. Sie schliesst sich den Vorrednern der Grünen und der SVP an. Sie bedauert es, dass der Gemeinderat eine niederschwellige digitale Plattform für leerstehende Objekte als unverhältnismässig betrachtet. Diese dient der Transparenz und dem gleichberechtigten Zugang für Interessierte. Sie begrüssen es, dass ein einfacher Workflow zwischen Kulturabteilungen und Stadtliegenschaften erstellt wird, um kurzfristige Zwischennutzungen zu prüfen. Dies genügt aber nicht, um Kulturschaffenden den Zugang zu Informationen zu verschaffen. Es wird keine komplexe Buchungsplattform benötigt. Der Aufbau einer Onlineliste von verfügbaren Räumen und die Bekanntmachung über Kulturplattformen, die sozialen Medien oder einen Newsletter wäre ein willkommener Anfang. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, weist darauf hin, dass die Stadt Thun auf dem Weg zu einer Kulturhauptstadt ist. Bislang ist Thun keineswegs für eine lebendige Kunst- und Kulturszene bekannt. Sie begrüssen alle Massnahmen und Möglichkeiten, die Lokalvereinen, Kunst- und Kulturtreibenden das Dasein ermöglichen. Sie finden, eine Signalwirkung einer Vermittlungsplattform könnte gewisse Zugänglichkeiten erst möglich machen. Ein System wirkt erst, wenn es im Einsatz ist. Ihnen ist es wichtig, dass solche Angebote niederschwellig und einfach zugänglich sind. Sie nehmen das Postulat einheitlich an und schreiben es ab.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

20. Postulat P 17/2025 betreffend Kühlen von Schulräumen in Thun

Fraktion GLP/EVP/EDU und Fraktion FDP/die Mitte und Mitunterzeichnende vom 21. August 2025; Beantwortung

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, äussert, dass die Antworten der von der Verwaltung etwas widerwillig durchgeführten Umfrage ihre Forderung unterstreicht. Ihnen ist es wichtig, dass sich Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler wohl fühlen. Er weiss, dass der Unterricht an sich bereits eine Herausforderung ist. Er soll nicht noch durch schlechte Rahmenbedingungen erschwert werden. Es freut sie, dass diese Forderung angekommen ist. Die Hauptaussage der Umfrage zeigt, dass es im letzten Jahr 33 Hitzetage mit über 30 Grad Raumtemperatur gegeben hat. Bereinigt durch die Sommerferien geht es um

10 bis 15 Prozent aller Schultage. Spricht man von 25 Grad aufwärts, so sind es 16 Wochen, also fast ein Drittel des Jahres. Ihnen ist bewusst, dass es nicht in allen Schulhäusern gleich ist. Sie danken dem Gemeinderat, dass die Kühlungsmassnahmen nicht mehr über die Budgets der Schulen laufen. So werden ein zentraler Einkauf, optimale Qualitäten und Energieeffizienz möglich. Ihnen ist klar, dass durch bauliche Eingriffe bessere Kühlmöglichkeiten möglich wären. Umso wichtiger ist es, diese in Zukunft bei Sanierungen und Neubauten einzusetzen. Ein verträgliches Klima ist notwendig und Sparmöglichkeiten wären hier keinesfalls zielführend. Er weist darauf hin, dass es genügend negative Neubauten gibt. Fachleute und Experten müssen zur optimalen Kühlung, der Nutzung von Bodenheizungen oder zu Lüftungssystemen befragt werden. Auch sind intelligente Beschattungen und die Stromgewinnung über Solaranlagen zu berücksichtigen. Er betont, dass die Zukunft heiss ist. In Altbauten ist oft nur der Einsatz von Kühlgeräten möglich. Sie erachten es als wenig wirksam, wenn lediglich Ventilatoren eingesetzt werden. Ihnen fehlt die Bereitschaft, die Grenzen noch mehr auszureizen. Sie finden, wo genügend Eigenstrom vorhanden ist, sollten auch weniger energieeffizientere Klimageräte zum Einsatz kommen. Dies könnten Geräte sein, die durch eine Wasserkühlung arbeiten. Diese sind effizienter als Luftklimageräte. Das Thema der Nachtkühlung ist für sie zu wenig oder gar nicht ersichtlich. Diese ist durch offene oder gekippte Fenster möglich. Es gibt nach wie vor Schulhäuser, deren Fenster aus Sicherheitsgründen geschlossen sind. Hier müssten Lösungen gefunden werden, damit zumindest die Lehrpersonen die Fenster öffnen können. Für sie gehört das Fensteröffnen in einen Stellenbeschrieb eines Hauswirts, denn das Schneeräumen wird da auch aufgeführt. Die Begründung, dass eine Nachtlüftung aufgrund von Gewittern und Regen schwierig ist, lehnt er ab. Heutzutage gibt es genügend gute Wetterapps mit Gewitterprognosen. Weiter gibt es für digital smart gesteuerte Fenster Feuchtigkeitssensoren. Sie finden die Einbindung der Hauswarte zwingend notwendig. Ihm sind sogar Hauswarte bekannt, die das Lüften bewusst ablehnen. Sie sind dankbar, dass man einen Schritt weitergekommen ist und nun Daten kennt. Sie fordern ein gezieltes Handeln. Wo keine Sanierungen geplant sind, wäre ein Fensteraustausch mit smarterer Steuerung denkbar. Sie erhoffen sich, dass zukünftige Umfragewerte deutlich besser ausfallen werden und sich die Arbeitsbedingungen von bereits belasteten Lehrpersonen optimieren. Für sie ist dies keineswegs nur ein nice to have.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist mit der Prüfung und den daraus gezogenen Rückschlüssen nicht einverstanden. Sie anerkennen, dass bei Neubauten und Umbauten das Kühlen via Grundwasser möglich gemacht werden soll. Eine vorangehende Fachdiskussion ergab, eine solche Kühlung bevorzugt über die Decke und nicht über den Boden vorzunehmen, denn dies funktioniert bei ihr im Büro nicht optimal. Unzufrieden sind sie mit dem Beschluss, die Nachtkühlung den Lehrpersonen und Hauswartteams zu überlassen. Es geht um eine zu grosse Anzahl an Fenstern. Auch wird die Tätigkeit aufgrund von möglichem Regen nicht ausgeführt. Sie sind ab den Resultaten der Umfrage schockiert. Am Nachmittag schätzen 75 Prozent der Teilnehmenden die Temperaturen auf über 30 Grad ein. Dies ist unzumutbar. Fast 50 Prozent finden, dass es an mehr als 20 Tagen zu heiss für einen Schulunterricht ist. 85 Prozent sagen, dass sich die Räume nicht durch Fensterlüftungen kühlen lassen. Viele äussern, dass die Hitze in den Wänden ist und Ventilatoren die warme Luft lediglich umherwirbeln. Dieser Auffassung sind auch sie. Sie fordern die Klimatisierung und Kühlung von Schulräumen. Mit dem Solarstrom sollen Schulräume gekühlt werden. Weiter regeln die Lavabos in den Schulzimmern auch das Thema mit dem Wasser. Sie sind der Meinung, dass das Klimastrategieziel mit dem Einsatz von Klimageräten während diesen 20 Tagen nicht gefährdet wird. Sie nehmen den Antrag an und schreiben ihn nicht ab.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, äussert, dass die Antwort vom Gemeinderat die Anerkennung des Problems, nicht aber dessen Lösung, zeigt. Sie bestätigt, dass Massnahmen an bestehenden Gebäuden eine finanzielle Herausforderung darstellen. Sie appelliert hier, diese Kosten anzunehmen, sei es für eine Installation einer automatisierten Sonnenstore oder ähnlichem. Dies im Gedanken daran, dass die Kinder im Sommer dem Schulunterricht Folgen können. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, anerkennen das Problem von zu heissen Schulräumen und finden es wichtig, dass dieses zügig angegangen wird. Die Umfrage und Evaluation der Möglichkeiten sind erfolgt. Es geht nun darum, Massnahmen und Möglichkeiten zügig umzusetzen. Sie finden es nicht tragbar, dass 75

Prozent die Temperaturen nachmittags auf über 30 Grad schätzen. Auch finden sie es unzumutbar, dass 20 Prozent aller Schulräume keinen aussenliegenden Sonnenschutz haben. Das betrifft jedes fünfte Schulzimmer. Ein innenliegender Sonnenschutz hilft nicht. Während dem Schulgeben ist eine Lüftung der Schulzimmer nicht möglich, weil es draussen bereits zu heiss ist. Eine Kühlung durch Fensterlüftung erfolgt bekannterweise am besten früh morgens oder allenfalls am Abend. Er betont, dass die unaushaltbaren Zustände zwingend verbessert werden müssen. Beim erfolgten Flyer geht es primär um Massnahmen für bereits heisse Zimmer. Damit das Zimmer gar nicht erst heiss wird, braucht es einen guten Aussensonnenschutz. Seiner Meinung nach müsste dieser automatisiert sein. Regnet es am Freitag und scheint anschliessend am Wochenende die Sonne, so reicht das Lüften allein sich nicht. Er findet, dass zumindest die Zimmer ohne aussenliegenden Sonnenschutz aufgerüstet werden müssen. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es nicht ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet, dass das Thema mit schöner Regelmässigkeit einen Vorstoss wert ist und der Gemeinderat die Fragen mit denselben oder ähnlichen Antworten beantwortet. Immerhin ist nun bekannt, dass die hohen Temperaturen zu Müdigkeit und Leistungseinbruch führen. Er zählt weitere Erkenntnisse aus der Umfrage auf. Die Umfrage hat für die Verwaltung einen Aufwand generiert. Für ihn hält sich der Mehrwert der Umfrage in Grenzen. Wenn es draussen heiss ist, so leiden alle darunter, nicht nur Schülerinnen und Schüler. Den Sonnenschutz erachten auch sie als effizientesten Wärmeschutz. Die raumklimatischen Verhältnisse werden sich bei den zahlreichen Sanierungs- und Neubauprojekten automatisch verbessern. Nur bei diesen kann der Wärmeschutz bautechnisch effizient geregelt werden. Mühe haben sie damit, wenn sinnlose Ventilatoren nach Gutdünken über das Amt für Stadtliegenschaften beschaffen und eingesetzt werden. Noch mehr staunen sie über die Baufachleute, die für grossartige Lösungen plädieren. Er betont, dass die grossen Probleme beim Bestand liegen. Er findet nicht, dass hier smart gesteuerte Fenstermechanismen zum Einsatz kommen müssen. Diese können im Rahmen von Sanierungen eingesetzt werden. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, sieht das Anliegen und unterstützt es. Sie würden gerne heraushören, was der Gemeinderat gemäss den Postulanten genau machen müsste. Dies würde ihnen für die Entscheidung bezüglich abschreiben oder nicht abschreiben helfen.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erklärt, dass sie nicht für die Abschreibung sind, weil das Anliegen mit einigen zusätzlichen Ventilatoren nicht erledigt ist. Er weiss aus Erfahrung, dass die Situation in den schlechten Schulhäusern im Sommer unerträglich ist. Er findet es eine Frechheit, dass dies so durchgelassen wird. Er ist überzeugt, dass es auch fürs Aufrüsten von alten Gebäuden Möglichkeiten gibt. Es braucht weitere Gedanken dazu.

Gemeinderat Reto Schertenleib fühlt sich von den Behauptungen von Stadtrat Jonas Baumann herausgefordert. Im Prüfauftrag ging es darum, zu prüfen, ob sie eine Umfrage durchführen können. Sie haben dies nicht nur geprüft, sondern gleich eine solche durchgeführt. Zweiter Prüfauftrag war es, wirtschaftlich und ökologisch optimale Kühlungsmöglichkeiten zu evaluieren. Für ihn ist es unverständlich, dass Stadtrat Jonas Baumann zum Verfechter von mobilen Klimageräten wird. Für ihn besteht eine klare Diskrepanz zwischen dem Auftrag und dem geäusserten Votum in der Debatte. Weiter scheint sich Stadtrat Jonas Baumann mit den Pflichtenheften von Hauswarten gut auszukennen. Er betont, dass die Arbeit des Hauswarts, sollte er täglich jeden Abend alle Fenster öffnen müssen, woanders fehlen würde. Es geht hier um einen grossen Aufwand. Die Probleme bestehen klar in den Bestandesbauten. Und dort prüfen sie automatisierte Fensteröffnungen und Beschattungsmöglichkeiten. Sie können nicht jedes bestehende Schulhaus mit solchen Einrichtungen ausrüsten, weil der Kostenaufwand enorm hoch ist. Er weist auf die zahlreichen laufenden Schulhausprojekte hin, bei denen die Kühlungsmöglichkeiten vorab geprüft werden. Er erklärt, dass dies zu Konflikten mit der Tochterfirma Energie Thun AG führt, die bevorzugt überall Fernwärme einsetzen möchte. Sie hingegen möchten Grundwasserpumpen, um damit im Sommer kühlen zu können. Ihm scheint es interessant, dass in der ganzen Debatte keine Äusserungen zu schulbetrieblichen Anpassungen erfolgt sind. Er findet, zu Spitzenzeiten könnte auch der Unterricht angepasst werden. Diese

Möglichkeit wurde nicht genannt, sie werden diese aber weiterverfolgen. Er ist der Meinung, dass sie die Problematik sehr aktiv verfolgen. Weiter weist er darauf hin, dass im Sommer auch die Temperaturen in seinem Büro unzumutbar sind. Es gibt zahlreiche andere problematische Räumlichkeiten.

Der Rat erklärt das Postulat mit 30 : 8 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 28 : 10 Stimmen nicht ab.

Die Sitzung wird um 19:05 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

21. Postulat P 25/2025 betreffend Freinächte am ESAF

Fraktion SVP und Fraktion FDP/die Mitte vom 23. Oktober 2025; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmänn äussert, dass der Gemeinderat Freinächten offen gegenübersteht. Im Moment ist es jedoch zu früh, um detaillierter zu werden. Sie wissen, dass in Burgdorf im Städtli keine Freinächte gewünscht wurden und die Leute auf dem Festgelände blieben. Sie weist darauf hin, dass es für die Logistik und die Reinigung auf dem Veranstaltungsgelände gewisse Unterbrüche braucht. Nach der Besprechung mit dem OK ESAF 2028 und Thun City werden mehr Informationen vorliegen, die eine Einschätzung, wann und wo es Freinächte braucht, möglich machen. Sie bittet um Annahme und Abschreibung.

Mathias Berger, SVP-Fraktion, dankt für die Bereitschaft zur Prüfung und die wohltuend kurze Stellungnahme. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben. Sie erwarten, dass eine Prüfung zu gegebenem Zeitpunkt stattfinden wird.

Marianna Oesch Bartlome, SP-Fraktion, weiss, dass das ESAF zu einem Grossereignis mit Gastronomie und Unterhaltung werden wird. Sie stellen sich nicht grundsätzlich gegen Freinächte. Sie wünschen aber, dass diese auf dem Festgelände oder in diesem Perimeter genehmigt werden. Für sie machen flächendeckende Freinächte, also auch solche in der Innenstadt, keinen Sinn, da das Publikum ausschliesslich wegen des Schwingfests nach Thun kommt und der Lokalbezug fehlt. Sie wünschen sich, dass im Falle einer Bewilligung auch die Meinungen der betroffenen Quartierleiste eingeholt werden. Sie werden einstimmig annehmen und abschreiben.

Für **Simon Badertscher, Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist es unverständlich, warum für dieses Anliegen ein Vorstoss in Form eines Postulates eingereicht wurde. Ihrer Meinung nach hätte das Anliegen bilateral mit der entsprechenden Stelle geklärt werden können. Auch verstehen sie nicht, warum der Vorstoss jetzt schon kommt, wenn seitens OK ESAF 2028 noch gar kein Bedürfnis diesbezüglich geäussert wurde. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben. Sie vertrauen darauf, dass sich der Gemeinderat bei Eintreffen der Anfrage seitens OK dieses Themas annehmen und die Anfrage mit Augenmass gerade auch bezüglich der Anzahl und des geltenden Perimeters umsetzen wird.

Lara Müller, Fraktion FDP/Die Mitte ist mit der Antwort sehr zufrieden und sie werden das Postulat einstimmig annehmen und abschreiben.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

22. Postulat P 14/2025 betreffend Budget 2027 an der Septembersitzung 2026

Valentin Bortler (SVP), Mark van Wijk (FDP) und Fraktion SVP vom 21. August 2025; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron schätzt die Zufriedenheiten im Rat unterschiedlich gross ein. Sie deutet auf die zwei zu berücksichtigenden Aspekte hin. Zum einen geht es um den prozessualen Aspekt des Budgets an sich. Zum anderen geht es um die inhaltliche Forderung. Der Prüfauftrag handelt von dem prozessualen Aspekt. Es geht nicht um eine Steueranpassung. Sie fasst zusammen, dass ein Vorziehen des Budgetprozesses 2027, um eine Volksabstimmung noch im 2026 zu ermöglichen, weder seriös noch umsetzbar ist. Es geht um einen strukturieren Prozess und man hätte schon Mitte 2025 damit starten müssen. Sie weist darauf hin, dass so ein Prozess aufwändiger als gedacht ist. Den Postulanten geht es um eine allfällige weitere Steuersenkung, die von dem Volk abgesegnet werden müsste. Wäre dies die Forderung des Postulats gewesen, so hätte sie eine klare Ablehnung beantragt. Sie erinnert daran, dass der Stadtrat wie auch das Volk im Jahr 2024 eine Steuersenkung für das Jahr 2025 beschlossen haben. Sie finde es unverantwortlich, wenn bereits in gutes Jahr später, also noch bevor die Auswirkungen der Steuersenkung bekannt sind, eine nächste Senkung verlangt wird. Sie weist nochmals darauf hin, dass der Kanton im Jahr 2027 eine Anpassung des Steuertarifs plant. Ziel davon ist eine Entlastung von Menschen mit tieferem und mittlerem Einkommen. Dies kommt der Stadt Thun Ausfällen von rund vier Steuerhundertstel, also einer Senkung von 1.66 auf 1.62 gleich. Es geht hier um eine Reduktion, die für den Finanzhaushalt der Stadt von substanzieller Bedeutung ist. Für die Steuerzahlenden wird die Senkung wesentlich sein, da der Anteil vom Kanton im Vergleich zu den Gemeindesteuern einen höheren Anteil ausmacht. Die betont, wie unverantwortlich eine erneute Senkung für den Thuner Finanzhaushalt, für den der Gemeinderat zuständig ist, wäre. Weiter erinnert sie an das bestehende Aufgabenwachstum. Gerade auch an der heutigen Sitzung wurden Beschlüsse gefasst, die mit Ausgaben verbunden sind. Sie betont, dass der Stadtrat an der letzten Septembersitzung Ausgaben in Höhe von 55 Mio. Franken beschlossen hat. Dies beurteilt sie als gar historisch. Es können nicht die Aufgaben erhöht und gleichzeitig die Einnahmen reduziert werden. Sie beantragen klar die Abschreibung.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, danken für die Antwort des Gemeinderats, auch wenn sie diese ernüchternd finden. Das Postulat haben sie im Sommer 2025 eingereicht. Er ist leicht empört, dass dies zu spät für die Prüfung einer erneuten Steuersenkung in einem Jahr ist. Dies zeigt klar, dass der Gemeinderat keine Steuersenkung will. Auch zeigt es, dass die Budgetsitzungen Ende Jahr zu spät sind. Sie verstehen die Zurückhaltung seitens des Gemeinderats. Sie bedauern jedoch, dass im Herbst nicht einmal eine ergebnisoffene Prüfung stattfinden soll. Hätten sie eine bestimmte Zahl gefordert, so wäre es auch nicht gut gewesen. Sie bleiben dran und hoffen auf die Hilfe der bürgerlichen Partner. Sie finden klar, die Töpfe sind voll, die Verwaltung wächst und es hat genügend Geld für eine Kulturhauptstadt. Eine weitere Senkung muss also möglich sein. Sie wollen die Thuner Bevölkerung entlasten und dies ohne finanzpolitische Experimente. Sie werden sich dafür einsetzen, dass im Jahr 2027 wieder über eine Senkung diskutiert werden kann. Sie sind der Meinung, dass der Budgetprozess langfristig angepasst werden muss. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Mirjam Waber, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, dankt dem Gemeinderat für seine weitsichtige Haltung zur finanziellen Stabilität der Stadt Thun. Sie begrüssen es ausdrücklich, dass sich der Gemeinderat nicht zu einem verfrühten Prozess hinreissen lässt, nur um eine vorzeitige Steuersenkung bewirken zu können. Dies besonders, solange die Auswirkungen der Abschaffung des Eigenmietwerts und dem bereits gesenkten Steuerfuss nicht abschliessend beurteilt werden können. Ein vorgezogenes Budget würde unnötige Mehrkosten verursachen, die schlussendlich wieder von den Steuerzahlenden bezahlt werden müssen. Positiv zur Kenntnis nehmen sie, dass ein Projekt zur Optimierung der Investitionen und der Ressourcenplanung läuft. Sie schauen diesem Ergebnis interessiert entgegen. Für sie ist es zentral, dass der Gemeinderat die Steuersenkung jährlich neu und sorgfältig prüft. Dieses verantwortungsvolle Vorgehen entspricht ihrem Verständnis von einer nachhaltigen Finanzpolitik. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, unterstützen das Postulat als Miteinzureichende. Sie sind der Meinung, dass zuerst das Prozessuale ermöglicht werden muss, um eine Diskussion über eine Senkung überhaupt machbar zu machen. Die definitive Beurteilung käme erst danach. Kann der Prozess nicht angepasst werden, so kann man nicht diskutieren. Betrachtet man den Prozess, so muss das Budget im

September angeschaut werden, um eine Abstimmung überhaupt vorbereiten zu können. Sie im Stadtrat sind schlussendlich für die definitive Festlegung des Steuerfusses zuständig. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist für eine vernünftige Finanzpolitik. Die beschlossene Steuersenkung ist noch nicht lange her und die Auswirkungen sind noch nicht bekannt. Ebenso unbekannt sind die Auswirkungen der geplanten Steuersenkung auf kantonaler Ebene. Er weist darauf hin, dass das globale politische Gefüge ausser Rand und Band geraten ist und auch hier die Auswirkungen noch nicht abgeschätzt werden können. Eine vernünftige Finanzpolitik bedeutet für die SP-Fraktion, dass die Auswirkungen abgewartet werden und allenfalls danach über eine weitere Steuersenkung diskutiert werden kann. Die bestehenden Prozesse erscheinen der SP-Fraktion als sinnvoll. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, finden es erstaunlich, dass das Thema Steuersenkung nur gerade 11 Monate nach der Volksabstimmung wieder auf dem Tisch liegt. Die Senkung der Steueranlage liegt erst gut ein Jahr zurück. Es gibt noch keine Grundlage zu den Auswirkungen. Sie bezeichnen den Vorstoss als klassischen Steuerpopulismus. Das Budget 2026 erfolgte mit grosser Vorsicht, gerade auch bei den personellen Ressourcen. Auch er weist auf die erwähnten Unsicherheiten aufgrund der kantonalen Steuergesetzesrevision 2027, die einer Steuersenkung gleichkommt, hin. Es ist nicht an der Zeit, erneut über eine Steuersenkung zu diskutieren. Die jährlichen Finanzprozesse haben ihren Ort und ihre Zeit. Der Budgetprozess gehört klar ans Ende vom Jahr. Sie lehnen das Postulat einstimmig ab.

Marc Fritschi (Parteilos) äussert an die lieben Kinder gerichtet, dass es einmal eine Stadt gab, in der noch das Volk über die Steuererhöhung abstimmen durfte. Dies bedingt jedoch, dass das Parlament vorab darüber debattiert und danach Zeit zur Verfügung steht, um die Abstimmung durchzuführen. Der Gemeinderat scheint zu wissen, wann man über die Steueranlage abstimmen darf. Thun ist die einzige ihm bekannte Gemeinde, die 1.5 Jahre Vorlaufzeit braucht, um zu überlegen, ob die Steueranlage angepasst werden kann oder nicht. Alle anderen Gemeinden wissen bereits nach der zweiten Steuerrate, ob die Steuereinnahmen im Rahmen des Budgets liegen oder nicht. Anschliessend werden unter Einbezug der Teuerung Prognosen dazu gemacht, ob die Steuern wie prophezeit sind oder eine Änderung notwendig ist. Der Prüfungsauftrag scheint wie vom Gemeinderat geäussert erfolgt und man kann ihn ablehnen oder annehmen und abschreiben. Hauptsache scheint, es wird keinesfalls etwas geändert. Der Gemeinderat behält sich weiterhin vor, dem Rat zu sagen, wann er über die Steueranlage nachdenken darf. Die Steuereinnahmen sind in den letzten Jahren jährlich gestiegen. Dieses Geld gibt man gerne wieder aus, aber über die Steueranlage wird im Stadtrat lieber nicht gesprochen. Er verweist auf ein neu eingereichtes Postulat. Dieses fordert eine Prozessanpassung, so dass die Stimmberechtigten - wie in der Stadtverfassung vorgesehen - die Möglichkeit haben, über die Steuern zu entscheiden.

Die Stadtratspräsidentin weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder Erwachsene sind und die Bezeichnung Kinder nicht angebracht ist.

Gemeinderätin Andrea de Meuron präzisiert, dass es immer das Stimmvolk ist, das über die Steueranlage abstimmt und nicht der Gemeinderat. Der Stadtrat hat die Hoheit, im Rahmen des Budgets für seine Anliegen eine Mehrheit zu finden. Wird für eine Änderung der Steueranlage eine Mehrheit gefunden, so geht es vors Volk. Somit könnte durchaus das Risiko bestehen, dass anfangs Jahr dafür kein genehmigtes Budget vorliegt. Weiter äussert sie, dass sich der bestehende Prozess bewährt. Das Budget und die Rechnungen machen dieselben Leute. Es liegt also auf der Hand, dass es mit den personellen Ressourcen nicht aufgeht, sollten das Budget und der Rechnungsabschluss gleichzeitig erfolgen. Sie haben einen sorgsamen Umgang mit den Personalressourcen und wollen nicht einfach mehr Leute dafür einsetzen, so wie es in anderen Städten womöglich der Fall ist. Es hat sich bewährt, dass die Finanzpolitik mit ruhiger Hand und vorausschauend erfolgt. Sie ist froh, wenn eine Grossmehrheit dies schätzt und an dem strukturierten Prozess festhält.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, bezieht sich auf den Vorwurf, sie betreiben Steuerpopulismus. Seines Erachtens ist es genau das Gegenteil. Steuerpopulismus wäre es dann, wenn sie mit völlig unverhältnismässigen Zahlen um sich werfen und Wahlkampf machen würden. Sie geben dem Gemeinderat die Möglichkeit für eine Prüfung der Machbarkeit, den Budgetprozess in den September vorzuverlegen. Kommt der Gemeinderat nach einer inhaltlichen Prüfung zum Schluss, dass es nicht möglich ist, dann wäre es so. Kommt das Budget immer erst am Ende vom Jahr, so hat der Stadtrat stets das Messer am Hals, weil es zu einer Volksabstimmung kommen könnte, für die kein Budget vorhanden ist. Genau das wollten sie vermeiden.

Der Rat erklärt das Postulat mit 22 : 15 Stimmen als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

Die Stadtratspräsidentin begrüsst im Publikum die Gäste von Thomas Hiltbold. Sie hat erfreulicherweise zahlreiche ehemalige Stadträtinnen und Stadträte gesichtet.

23. Interpellation I 17/2025 betreffend Generationentandem

FCK SVP (Fuck SVP); Fraktion SVP vom 21. August 2025; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist von der Antwort befriedigt und verlangt keine Diskussion. Dies aufgrund des zwischenzeitlich eingegangenen Entschuldigungsschreibens vom Generationentandem.

24. Postulat P 21/2025 betreffend bessere Busverbindungen nach Goldiwil

Franz Schori (SP), Michael McGarty (GLP), Malenka Schmutz (Grüne), Sonja Graf (SVP), SP-Fraktion und Fraktion FDP/Die Mitte vom 18. September 2025; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, veranschaulicht, wie es für die Bewohnerinnen und Bewohner von Goldiwil sein muss, wenn sie abends um 20.20 Uhr mit dem Bus in die Stadt fahren wollen. Der Bus fährt zuerst 10 Minuten nach oben. Dort müssen die Fahrgäste aussteigen, um 5 Minuten später wieder einzusteigen und weiterzufahren. Die Fahrt führt gute 20 Minuten weiter über Heiligenschwendi, deren Schönheit in der Dunkelheit nicht erkennbar ist. Nach 40 Minuten erreichen die Gäste den Bahnhof. Tagsüber dauert dieselbe Strecke gerade mal 20 Minuten. Er betont, dass ein attraktiver ÖV genau das Gegenteil bedeutet. Es besteht Handlungsbedarf für die Attraktivierung des ÖVs in Goldiwil, um das Dorf und seine Einwohnerinnen und Einwohner besser an der Stadt anzubinden. Möglicherweise besteht auch morgens Handlungsbedarf. Die Busse sind mit Schülerinnen und Schülern gefüllt. Dies könnte ein Sicherheitsrisiko darstellen. Mit der STI könnte geschaut werden, ob zumindest dieses Problem durch den Einsatz von doppelt besetzter Kurse gelöst werden kann. Ihm leuchtet es ein, dass der Zeithorizont für die Umsetzung dieses Postulats ein längerer ist. Würde das Anliegen in der regionalen Verkehrskonferenz genehmigt werden, so käme es zum Kanton. Dieser müsste ebenfalls die Zustimmung geben. Er überlegt, ob vorzeitig im Rahmen eines Testbetriebs geschaut werden kann, wie die Einwohnerinnen und Einwohner von Goldiwil von dem verbesserten Angebot Gebrauch machen würden. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat und auch der Abschreibung zu.

Sonja Graf, **SVP-Fraktion**, äussert, dass eine kurzfristige Anpassung im laufenden Zyklus nicht möglich ist. Sie würdigen die Bereitschaft des Gemeinderats, das Anliegen im Rahmen des regionalen Angebotskonzept 2031 – 2034 prüfen zu wollen. Sie weist darauf hin, dass es immer zwei Seiten einer Medaille gibt. Die Autofahrer sind froh, dass die Busse nicht im 10-Minuten-Takt verkehren. Diese Busse wären womöglich mehrheitlich halb leer, nicht klimafördernd und Stau verursachend. Gemäss Rückmeldungen sind die meisten Anwohner von Goldiwil mit dem halbstündlichen Fahrplan zufrieden. Einzig vorteilhaft wäre es, wenn der Bus um 20.20 Uhr nicht über Heiligenschwendi fahren müsste. Für die Leute von Goldiwil ist es

wichtig, dass der tatsächliche Bedarf von zusätzlichen Zeiten der Linie 31 in Zukunft erkennt und angepasst wird. Sie sind für die Annahme und Abschreibung des Postulats.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass der Ursprung des Postulats der Überarbeitung der Rechtsgrundlage der Energie Thun AG zugrunde liegt. Diese zeigte, dass eine Gleichbehandlung aller Regionen wichtig ist. Sie finden es wichtig, dass das Angebot womöglich noch vor Ablauf der Frist 2027 – 2030 verbessert werden kann. Ein gutes Angebot führt auch dazu, dass weniger leere Busse verkehren. Er denkt, dass es nicht zielführend ist, wenn die Busse abends nur im Stundentakt verkehren. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab. Dies mit der Forderung, dass die Angebotsplanung in der nächsten Planung miteinbezogen wird.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet, dass die Nachfrage schwer abzuschätzen ist. Solange es das Angebot nicht gibt, ist dies nachvollziehbar. Er schlägt einen Pilotversuch über zirka zwei Monate vor. Allenfalls könnte eine Verdichtung an Randzeiten mit einem Kleinbus versucht werden. Die Erkenntnisse könnten als Grundlage dienen und in die regionale Verkehrskonferenz mit einfließen. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, sagt, dass ein gut ausgebautes ÖV-Angebot wichtig ist, um die Mobilität der Stadt klimaverträglicher gestalten und die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben fördern zu können. Eine Verdichtung des Fahrplans trägt zur Steigerung der Attraktivität des ÖVs bei. Sie nehmen zur Kenntnis, dass die betroffene Linie gemäss letzter Volkskontrolle offiziell nicht als überlastet gilt. Sie haben jedoch Verständnis dafür, dass das subjektive Empfinden davon abweichen kann. In der SAKO wurde ihnen aufgezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler einen wichtigen Beitrag zur Auslastung leisten. Dies ist wiederum entscheidend dafür, dass das Angebot aufrechterhalten werden kann und dass vom Kanton eine Finanzierung erfolgt. Der Gemeinderat konnte gut aufzeigen, wie die Prozesse und Zuständigkeiten in diesem Bereich funktionieren und dass im Rahmen der regionalen Verkehrskonferenz die Möglichkeit zur Einflussnahme besteht. Der Zeitpunkt für die Eingabe für das nächste Konzept ist leider schon vorbei. Ihnen wurde zugesichert, dass die Stadt das Anliegen für das übernächste Konzept einbringen wird. Ebenfalls wurde ihnen mitgeteilt, dass das Optimierungspotenzial für die Abfahrtszeiten für die Züge aus dem Wallis auch an die regionale Verkehrskonferenz weitergeleitet wird. Sie werden das Postulat einstimmig annehmen und abschreiben.

Gemeinderätin Andrea de Meuron nimmt auf das Votum bezüglich Kleinbus Stellung und weist darauf hin, dass sie dies auch gerne tun würde. Nur sind auch dort die Prozesse strukturiert. Die ÖV-Angebotsplanung liegt in der Hand des Kantons. Am Schluss genehmigt der Grosse Rat einen Gesamtkredit. Es geht um eine gebundene Ausgabe. Sie geben die Bedürfnisse an die regionale Verkehrskonferenz weiter. Wenn eine Gemeinde etwas darüber hinaus wünscht, wie ein Pilotbetrieb, so muss dies die Stadt vollumfänglich selbst bezahlen. Um eine Idee von diesen Kosten zu haben, weist sie darauf hin, dass der Shuttlebus im Zusammenhang der Baustellen Schadau über einige Monate ganztags Kosten von über 600'000 Franken verursacht hat. Es hat also alles, was nicht im Rahmen des Prozesses geschieht, seinen Preis. Sie fände es spannend zu erfahren, ob seitens Goldiwil im Zusammenhang mit der Stromabgabe ein Schreiben aus Goldiwil erfolgte, dass sie kein gutes Busfahrnetz hätten. Sie findet es legitim, wenn solche Anregungen aufgenommen und gefordert werden. Sie betont, dass die regionale Verkehrskonferenz aufgrund von Eingaben der Gemeinden prüft und beurteilt, was Sinn macht. Sie wollen mit der Antwort zeigen, dass sie offen sind und sehr an einem attraktiven ÖV-Angebot interessiert sind. Sie bedauert, dass es nicht immer so einfach ist, wie man es gerne hätte.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, klärt auf, dass er diesen Vorstoss schon länger im Kopf hatte. Im Zusammenhang mit den Energie Thun AG Regulatorien kam das Thema in Goldiwil auf und er hatte Kontakt mit Anwohnern von Goldiwil. Aus diesem Anlass hat er den Vorstoss beschleunigt. Es war ein zufälliges Zusammentreffen. Der Vorstoss entstand nicht aufgrund der Energie Thun AG Regulatorien.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

25. Interpellation I 26/2025 betreffend Prüfung von Sicherheitsmassnahmen durch Poller an gefährdeten Orten in der Stadt Thun

Lara Müller (Die Mitte) und Fraktion FDP/Die Mitte vom 20. November 2025; Beantwortung

Lara Müller (Die Mitte) ist von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

26. Interpellation I 21/2025 betreffend City Loop Thun

Reto Beutler (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, Leonardo Schlatter (SVP), Matthias Berger (SVP) und Alexandre Reymondin (SVP) vom 18. September 2025; Beantwortung

Reto Beutler (FDP) ist von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

27. Postulat P 01/2026 betreffend einer zeitgemässen Regelung für die Ersatzwahlen eines Mitglieds des Gemeinderats

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EVP

Thomas Lanz (Grüne) äussert, dass die Dringlichkeit gegeben ist, weil die potenziellen Ersatzwahlen bereits im Juni stattfinden würden und eine Antwort deshalb möglichst bald vorliegen müsste.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch äussert, dass sich der Gemeinderat der Dringlichkeit nicht verwehren wird.

Peter Aegerter, SVP-Fraktion, äussert vier Punkte, weshalb sie gegen die Dringlichkeit seien und später auch gegen den Vorstoss sein werden. Passt einem etwas nicht, so sollen kurzfristige Änderungen erzwungen werden. Er weist darauf hin, dass Schnellschüsse nie zielführend sind. Weiter weist er die unschwellige Unterstellung an den Gemeinderat, er hätte nach eigenem Gutdünken entschieden, entschieden zurück. Der Gemeinderat handelt nicht anders, als es das Reglement vorschreibt.

Die Stadtratspräsidentin unterbricht Stadtrat Peter Aegerter und weist ihn darauf hin, dass es nur um Dringlichkeit geht und er sich hier schon inhaltlich äussert.

Marc Fritschi (Parteilos) äussert, dass für eine Änderung eine Anpassung der Stadtverfassung notwendig sei. Eine Änderung wäre also für eine Wahl im Juni nicht relevant. Er sieht keinen Anlass zur Dringlichkeit. Die Wirkung einer Änderung wäre frühestens im vierten Jahr der nächsten Legislatur spürbar. Bis dahin wird eine Anpassung auch im Rahmen des ordentlichen Verfahrens möglich sein. Eine Dringlichkeit ist weder notwendig noch nützlich.

Der Rat genehmigt die Dringlichkeit mit 22 : 15 Stimmen.

28. Postulat P 02/2026 betreffend ausreichend Ressourcen für die Umsetzung der Thuner Veloinitiative

Michelle Marbach (Grüne), Adrian Christen (SP), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass der Budgetprozess 2027 schon gestartet ist oder dies bald tut. Sie hat Freude, für einmal ein Anliegen rechtzeitig eingereicht zu haben, so dass es noch einfließen kann.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch lehnt die Dringlichkeit ab. Der Gemeinderat nimmt die Umsetzung der Veloinitiative sehr ernst. Erste sichtbare Resultate sind bereits erfolgt. Bis zum Ablauf der Umsetzungsfrist der Initiative haben sie noch acht Jahre Zeit.

Der Rat genehmigt die Dringlichkeit mit 23 : 14 Stimmen.

29. Postulat P 04/2026 bezüglich Gestaltung Prozess zur Optimierung des Baureglements

Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP / Die Mitte, Fraktion SVP

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, begründet die Dringlichkeit damit, dass in diesem Jahr damit begonnen werden muss, wenn gemäss Punkt 1 des Postulats im Jahr 2030 etwas erreicht werden will. Es muss nämlich mit der Analyse durch eine Expertengruppe begonnen werden.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch lehnen die Dringlichkeit ab. Sie weist darauf hin, dass seit der Instandsetzung vom neuen Baureglement erst ein Jahr vergangen ist. Für eine Beurteilung müssen zuerst Erfahrungen gesammelt werden können.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 18 : 18 Stimmen bei einer Enthaltung mit Stichentscheid der Stadtratspräsidentin ab.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin weist nochmals auf den Skitag hin und hofft, dass sich unterdessen alle an- oder abgemeldet haben. Trotz sehr guten Vorankommens heute wird es im März eine Doppelsitzung geben. Weiter informiert sie, dass am Freitag, 4. September 2026 um 17.15 Uhr ein Anlass für den Stadtrat stattfinden wird. Die Einladung dazu folgt. Sie dankt Stadtrat Thomas Hiltbold für die Einladung zum anschliessenden Apéro.

Peter Aegerter (SVP) hat sich im Vorfeld mit allen Fraktionsvorstehenden abgesprochen. Im Namen aller Fraktionen äussert er, dass die Ratszeit von Thomas Hiltbold von 25 Jahren eine grosse Leistung ist. Stellvertretend für alle Ratsmitglieder bedankt er sich für die Einladung zum anschliessenden Apéro.

Der Saal applaudiert.

Der Stadtratssekretär liest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Thomas Hiltbold vor.

Der Saal applaudiert mit Standing Ovations.

Die Stadtratspräsidentin äussert, dass der Rücktritt sehr überraschend kam. Sie fragte sich, warum gerade jetzt, wo er so nahe daran ist, den absoluten Rekord zu schlagen und Amtsdauermeister zu werden. Dieser ist aktuell Otto Flückiger mit 31 Jahren. Stadtrat Thomas Hiltbold teilt sich mit einer Amtszeit von 25 Jahren den zweiten Platz mit Hans Galeazzi. Immerhin schlägt er ihn um fast zwei Monate. 25 Jahre sind ein Vierteljahrhundert, eine Generation oder unglaubliche 9'173 Amtstage inklusive heute. In diesen 25 Jahren hat Thomas Hiltbold so viele Spuren hinterlassen, dass sie hier nicht alle aufzuzählen kann. Einer der Höhepunkte war sein Ratspräsidium 2015. Seit 2007 ist er ununterbrochen in der SAKO P+StE tätig. Diese hat er dreimal präsiert. 2007 war er ausserdem in der BRK. Seit 2011 ist er Urheber und Miteinreicher

von 47 Vorstössen. Da diese erst seit 2011 digital erfasst werden, sind die 10 Jahre davor nicht enthalten. Thomas Hiltbold hat sich in unterschiedlichen Themen engagiert. Herausragend war sein Engagement für Bäume. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass die 150-jährige Esche noch heute steht. Dafür dankt sie ihm von ganzem Herzen. Der ehemalige Ratssekretär Remo Berlinger hat seinem Nachfolger Christoph Stalder ein Buch zur Aufbewahrung bis zum Rücktritt von Thomas Hiltbold überreicht. Das Buch stammt von 1945 von der naturwissenschaftlichen Gesellschaft und heisst 'Bemerkenswerte Bäume aus der Thuner Gegend'. Sie freut sich, ihm das Buch überreichen zu dürfen. Thomas Hiltbold war nicht nur ein Kämpfer für Bäume, sondern auch für mehr Biodiversität und besonders auch für die Kreuzkröten. Auch ist er ein Kämpfer für das Klima, für mehr Grün und weniger Beton. Dabei nennt sie das Stichwort Freienhof. Weiteres ist der Velo- und Fussverkehr und vieles mehr. Mit ihm geht nicht nur viel Fachwissen und Engagement, sondern auch viel Erfahrung, Konsensfähigkeit und Besonnenheit verloren. Thomas Hiltbold wird als begnadeter Redner fehlen. Sie dankt ihm für sein grosses Engagement für die Stadt und seine Ausdauer im Stadtrat. Sie wünscht ihm alles Gute.

Thomas Hiltbold (Grüne) begründet seinen Rücktritt mit zwei Argumenten. Er wäre dafür, dass «Sesselkleben im Parlament» neu eine olympische Disziplin wäre. Denkt er an Odermatt, der unbedingt Gold erreichen will, so findet er, dass man manchmal auch mit Silber zufrieden sein darf. Zweitens weiss er noch nicht, wie es ihm ohne den Stadtrat gehen wird. Er schmunzelt, sollte er unglücklich oder gar psychisch krank werden, dann werde er im November wieder eintreten. Er freut sich auf den nun folgenden Apéro im Restaurant Rathaus.

Der Saal applaudiert.

Die Stadtratspräsidentin schliesst die Sitzung um 20:15 Uhr.

Eingänge

- Postulat P 01/2026 betreffend einer zeitgemässen Regelung für die Ersatzwahlen eines Mitglieds des Gemeinderats; Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EVP vom 12. Februar 2026
- Postulat P 02/2026 betreffend ausreichend Ressourcen für die Umsetzung der Thuner Veloinitiative; Michelle Marbach (Grüne), Adrian Christen (SP), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU vom 12. Februar 2026
- Postulat P 03/2026 - Förderung von Pop-up- und Zwischennutzungen im Stadtgebiet; Noëmi Porfido (Grüne), Fraktion Grüne vom 12. Februar 2026
- Postulat P 04/2026 bezüglich Gestaltung Prozess zur Optimierung des Baureglements; Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion SVP vom 12. Februar 2026
- Postulat P 05/2026 Budgethoheit des Volkes; Marc Fritschi (Parteilos), Sandro Badertscher (Parteilos), Thomas Bieri (SVP) und Valentin Borter (SVP) vom 12. Februar 2026
- Interpellation I 01/2026 betreffend Alpenrösli Thun, Zwischennutzung und kulturelle Nutzungsperspektiven; Noëmi Porfido (Grüne) vom 12. Februar 2026
- Interpellation I 02/2026 betreffend Schaffung legaler professioneller Graffiti- und Kunstwände in der Stadt Thun; Noëmi Porfido (Grüne), Fraktion GLP/EVP/EDU vom 12. Februar 2026

Die Stadtratspräsidentin



Alice Kropf

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder